

## NIEDERSCHRIFT

über die 40. Plenarsitzung des **Gemeinderates** am Dienstag, 17. Juli 2007,  
15:30 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters  
Heinz Fenrich

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

26.

**Punkt 23 der Tagesordnung: Antrag des Stadtrats Klaus Stapf und der Stadträtin Anne Segor (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 19. Juni 2007:  
Energiekonzept für Bebauungspläne**

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 23, Vorlage Nr. 1068, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Segor (GRÜNE):** Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Dies ist der letzte Antrag in einer langen Tagesordnung, und ich hoffe noch auf ein bisschen Konzentration.

Klimaschutz ist in aller Munde, und das ist gut so. Auch hier im Gemeinderat wurde ja heute intensiv über dieses Thema diskutiert. Ändern wird sich aber nur etwas, wenn Klimaschutz konkret in kommunalpolitisches Handeln umgesetzt wird. Das genau ist die Intention unseres Antrages und auch des Antrages meines Kollegen, Herrn Ruthardt. Wir alle wissen, gerade die Bebauung - alte und neue - trägt erheblich durch nicht sachgerechte Heizung und fehlende Wärmedämmung zur Belastung der Umwelt durch CO<sub>2</sub> bei. Also wollen wir, dass für neue Baugebiete diese Belastung reduziert wird. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, da gibt es ja verschiedene Zahlen und Möglichkeiten. Das kann man ja auch - wenn es umgesetzt wird - der Verwaltung überlassen. Dies würde auch z. B. bei der Anwendung von Passivhaus-Standard oder Energiehaus-Standard möglich sein.

Natürlich wissen wir, dass dies nicht einfach in Bebauungsplänen festgelegt werden kann. Das geht nur über privatrechtliche Verträge. Darauf haben wir in unserem Antrag hingewiesen, und Sie weisen in Ihrer Antwort auch noch einmal darauf hin. Das ist eigentlich allen Beteiligten klar. Dazu - und das ist uns besonders wichtig - müssen die potenziellen Bewohnerinnen und Bewohner gewonnen werden. Häuslebauer sind aber wie überall sparsame Menschen. Langfristig kommt man mit einem Passivhaus hinsichtlich der Nebenkosten so viel besser weg, sodass anfängliche Mehrkosten damit ohne Schwierigkeiten ausgeglichen werden. Wenn man das kommuniziert, denken wir, dass es nicht allzu schwierig sein kann, zukünftige Bewohnerinnen und Bewohner dafür zu gewinnen.

Die Umsetzung eines konsequenten Energiekonzepts in Bebauungsplänen wird Architekten und Planer vor ganz neue Herausforderungen stellen. Nicht mehr die Einzelvilla mit einem großen Selbstdarstellungsanspruch oder aufgelockerte Doppel- und Kettenhäuser sind gefragt, sondern zur Energieeinsparung eine dichte, kompakte Bauweise. Dies kommt im Übrigen neuen Formen des Zusammenlebens der Zukunft, wie dem Mehrgenerationenwohnen, durchaus entgegen. Sämtliche Häuser, so unser Vorschlag weiter, sollten zur Solarnutzung möglichst klar nach Süden ausgerichtet werden und Dachneigungen von ca. 30 - 35 Grad haben. Es könnten dadurch Baugebiete entstehen, die von den üblichen Stereotypen, die wir ja alle kennen - man muss nur über die Grenzen Karlsruhes hinausgehen -, abweichen und in denen eine ganz neue Architektursprache entwickelt wird. Das ist nach Ansicht der Grünen - auch aus formalen Gründen - nur zu begrüßen.

Dieses städtebaulich formale Umdenken muss natürlich auch bei der Energieversorgung stattfinden. Ich will das jetzt nicht ausführen aufgrund der späten Stunde, sondern nur zwei Beispiele nennen: Heizungen z. B. durch Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, Stromerzeugung durch Photovoltaik und Geothermie. Hier ist sehr viel technisch möglich - das wurde heute auch schon oft angesprochen -, wir müssen es nur umsetzen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben im Masterplan angekündigt, dass in Karlsruhe eine Bauausstellung und innovative Bauprojekte umgesetzt werden sollen. In der Veranstaltung der Architekten zu diesem Masterplan in der letzten Woche wurden

die wenig konkreten Aussagen in diesem Zusammenhang bemängelt. Hier mit unserem Antrag gibt es eine Steilvorlage, diese Vorstellung umzusetzen.

(Beifall bei den Grünen)

**Der Vorsitzende:** Ihre letzte Bemerkung veranlasst mich jetzt direkt etwas zu sagen.

Vielleicht wäre die Architektenkammer besser beraten gewesen, einmal genauer zu hinterfragen, was ein Masterplan ist - erste Feststellung. Zweite Feststellung: Wir haben Sie eingebunden in den Masterplan. Drittens: Sie haben das, was drinsteht, nicht richtig gewertet, und viertens finde ich es ein starkes Stück, muss ich schon sagen, wenn jemand den Masterplan nicht kennt oder wenn mehrere den Masterplan nicht richtig kennen und dann in der Öffentlichkeit diesen niederbügeln, dass es gerade so knallt. Da empfehle ich der Architektenkammer etwas mehr Gelassenheit und etwas mehr gründliche Vorbereitung. Das muss ich ganz offen sagen. Da bin ich auch nicht bereit, dieses hinzunehmen und werde das der Architektenkammer auch so mitteilen.

Wir wissen genau - Sie haben den Masterplan hier beschlossen -, was der Masterplan ist. Da kann man nicht kommen und den so zerreden, ohne dass man eigentlich weiß, welche Zielsetzung hat er, welche Inhalte hat er und wie geht es eigentlich weiter. Das brauchen wir uns dann doch nicht von den Damen und Herren dort sagen zu lassen. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

**Stadträtin Roth (SPD):** Jetzt von der Architektenkammer zurück zu den Energiekonzepten in der Bauleitplanung.

Wir finden den Antrag der Grünen im Grunde richtig. Es sollte mehr auf vernünftige Energiekonzepte in der Bauleitplanung geachtet werden. In der Stellungnahme der Verwaltung wird das Baugesetzbuch § 1 nicht zitiert, aber Bezug darauf genommen. Ich habe dann einmal nachgeschaut und es so verstanden, dass städtebauliche Gestaltung und der allgemeine Klimaschutz in der Bauleitplanung gleichgestellt sind, also hier keine Unterschiede gemacht werden, d. h. beides soll gleichmäßig berücksichtigt werden. Solche Entscheidungen wie vorhin, 22 oder 28 Grad, sind dann

doch ernsthaft zu überdenken, denn aufgeständerte Solaranlagen bringen städtebaulich auch jetzt keinen so wahnsinnigen Vorteil. Schade, dass die Grünen da übrigens nicht mitgestimmt haben.

Ein paar Sachen kann man über den Bebauungsplan einfach regeln, wie die Ausrichtung nach Süden und die Dachneigung. Wenn der Stadt die Grundstücke gehören, lässt sich natürlich Passivhaus oder Niedrigenergie leicht durchsetzen. Es gibt aber auch noch diese so genannten städtebaulichen Verträge. Wir denken, darüber kann man auch einiges machen. Aber insgesamt ist uns die rechtliche Lage da etwas unklar und deshalb begrüßen wir eigentlich, dass das im Planungsausschuss noch einmal vorgestellt werden muss, sind aber über den Begriff "zusammenfassen" gestolpert und hoffen, dass das Zusammenfassen nicht nur in einer Mitteilung passiert, sondern in einer etwas ausführlicheren Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

**Stadtrat Høyem (FDP/Aufbruch):** Liberal zu sein, ist auch wirtschaftsfreundlich zu sein.

(**Stadtrat Dr. Maul/SPD:** Oh, nein ...!)

- Herr Dr. Maul, jetzt spreche ich!

(Erneuter Zuruf **Stadtrat Dr. Maul/SPD**)

- Ich spreche, wenn Sie fertig sind!

Das steht nicht im Gegensatz zum Energiekonzept. Aber ehrlich gesagt ist die Welt ein bisschen mehr kompliziert als unsere grünen Kollegen offenbar denken. In der realen Welt muss man oft Kompromisse zwischen verschiedenen Prioritäten eingehen. Deshalb sind wir mit der Antwort der Verwaltung absolut zufrieden und besonders mit folgendem Satz: „Ein verfehltes Verständnis wäre es jedoch, Festsetzungen allein aufgrund der Vorgaben eines Energiekonzeptes in Bebauungspläne aufzu-

nehmen, ohne dass dafür primär städtebauliche Ziele streiten“. Das ist auch ganz unsere Meinung.

**Stadtrat Dr. Fischer (KAL):** Ich finde, der Antrag passt sehr gut zu dem, was die baden-württembergische Landesregierung vor wenigen Tagen verabschiedet hat. Von daher gesehen muss die Antwort der Stadt wohl vor diesem Datum geschrieben worden sein. Ich muss ein wenig Kritik üben und auch einmal kurz zitieren, weil dies jetzt wieder eine der Antworten ist, wo ich mich dann schon frage, wer so etwas schreibt: „Der weitergehende Handlungsspielraum besteht in der Berücksichtigung klimaschutzbezogener Belange bei der Erarbeitung städtebaulicher Planungen, in die Aspekte eines Energiekonzeptes mit einfließen können. Vor diesem Hintergrund sollten Energiekonzepte in den größer gezogenen Rahmen eines Klimakonzeptes mit eingebunden sein, das ein weiter gespanntes Spektrum, und zwar unter Einbeziehung aller Handlungsfelder auf kommunaler Ebene, die dafür in Betracht kommen können.“ Das ist ungefähr so ein Satz wie: „Wir müssen alles beachten.“ - Okay, dann kann man es auch so kurz sagen, dann braucht man nicht mehrere Sätze machen.

**(Stadtrat Obert/FDP/Aufbruch: Dann klingt's aber nicht so gut!)**

Vor allen Dingen aber, Herr Oberbürgermeister: Zu dem entscheidenden Punkt in dem Grünen-Antrag, den wir übrigens im Gemeinderat schon vor Jahren einmal diskutiert haben, dass nämlich der Ansatz gar nicht im Bebauungsplan liegt - der Ansatz liegt im Verkaufsvertrag der Stadt oder der VOLKSWOHNUNG mit irgendwelchen Bauinteressierten, in den wir konkret reinschreiben könnten, z. B. welche Heizungsform usw. man wolle -, steht in der Antwort kein einziges Wort. Das hat mich schon irritiert. Der Antrag ist vom 19. Juni, also in der Zeit hätte man schon eine etwas konkretere, abgewogenere und bessere Antwort geben können.

Aber ich will auch meine grünen Freunde nicht ganz ohne Kritik lassen. Wenn ich hier einen Antrag schreibe, in dem drinsteht, bei den Dachform seien optimal für Solarnutzung 35 Grad, und man hat die Chance, wenigstens auf 28 Grad zu stimmen, dann frage ich mich schon, warum man dann nicht zustimmt und es bei 22 Grad lässt - erste Aussage. Zweite Aussage - das mit dem Masterplan: Frau Segor, reden

Sie einmal mit meinem Kollegen Cramer. Der war nämlich bei der Veranstaltung dabei, und der kann Ihnen dann ganz genau erzählen, wie die neben der Spur waren, die auf dem Podium für die Architektenschaft saßen. Wenn man noch nicht einmal den Masterplan vorher angeguckt hat, vielleicht fünf Minuten vorher das Ding in die Hand gedrückt gekriegt hat, dann frage ich mich, warum ich mich zu Sachen äußere, von denen ich so wenig verstehe.

**Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU):** Herr Dr. Fischer hat zu Recht ausgeführt, das ist kein neues Thema. Wir haben das bereits öfters hier diskutiert, nämlich welche Möglichkeiten juristisch gegeben sind, Festsetzungen im Bebauungsplan nach dem Bundesbaugesetz zu verankern. Es ist insofern interessant, weil es in der Republik noch keine Entscheidung eines Verwaltungsgerichtes gibt, die sich damit befasst hat. Die Kommunen sind sehr zurückhaltend, konkrete Festsetzungen zu machen, weil es auch rechtlich nicht unproblematisch ist. Deswegen ist die Stadt Karlsruhe - auch dies hat Herr Fischer ausgeführt -, in der Vergangenheit den Weg des städtebaulichen Vertrages gegangen, und den halten wir auch für sinnvoll, der sollte weiter ausgebaut werden.

Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass sich mit dem neuen Wärmeschutzgesetz - das ist jetzt natürlich ein Entwurf - neue Möglichkeiten entwickeln werden. Insofern wäre es schon interessant zu wissen, ob dieses Gesetz uns weitere Möglichkeiten eröffnet, die wir bisher noch nicht gehabt haben. Wie gesagt, es ist in der Anhörung, es muss dann auch noch im Landtag verabschiedet werden, das dauert noch seine Zeit. Aber es wäre für mich ein Ansatzpunkt, das Thema nicht nur im Planungsausschuss, sondern auch im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit unter diesem neuen Aspekt noch einmal zu beleuchten und Möglichkeiten dort zu diskutieren.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich darf Sie auf den letzten Satz verweisen. Selbstverständlich heißt das nicht, dass wir Ihnen eine Zusammenfassung vorlegen, sondern dass wir das Thema mit Ihnen diskutieren, auch unter Einbeziehung - Frau Stadträtin Luczak-Schwarz, wie Sie gerade richtig gesagt haben - der neuesten Entwicklung.

Wir kommen wieder auf Sie zu und kommen jetzt zu den Anfragen.

**Beschluss:** Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

**Verteiler**

Ratsinformationssystem

Stadtrat Stapf (GRÜNE)

Stadträtin Segor (GRÜNE)

Stadtplanungsamt

Umweltamt

ZJD

Zum Gemeinderatsprotokoll

Zu den Akten 2-mal

HA - Sitzungsdienste -

17. August 2007